

Schlesische Rundschau

MITTEILUNGSBLATT DES LANDESAUSSCHUSSES DER CHRISTL. GEWERKSCHAFTEN

Erscheint monatlich. Geschäftsstelle: Breslau 2, Reichstraße 24 II.
Erfüllungsort: Breslau • Fernsprechnummer 54462
Verfand und Anzeigenannahme durch die Geschäftsstelle



Anzeigenpreis: Die 32 mm breite Millimeterhöhe 10 Goldpfennig
• Druck: Buch- und Offsetdruckerei •
Schlesische Volkszeitung G.m.b.H., Breslau 1, Nummer 39/40/41

Nummer 10

Breslau, den 1. Oktober 1929

3. Jahrgang

Der 12. Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Frankfurt a/M. hat seine Beratungen beendet. An historischer Stelle waren die diesmaligen Veranstaltungen in ganz besonderer Weise Aufer und Mahner der deutschen — christlichen Arbeiterwelt.

Unsere Gewerkschaftler

müssen sich in starker Front zusammenfinden, um die Erungenschaften dreißigjähriger Gewerkschaftsarbeit zu verteidigen und weiter auszubauen.

Hervorragend haben unsere christlichen Gewerkschaften an der Gestaltung der deutschen Sozialpolitik mitgewirkt und manches Gesetz ist ihrer alleinigen Initiative zu verdanken.

Durch die verfassungsmäßige Gleichberechtigung sind wir in stärkstem Maße zur politischen Mitarbeit verpflichtet. Es genügt nicht mehr allein ein guter Gewerkschaftler zu sein, sondern wir haben auch die Pflicht, durch unsere Mitarbeit in den politischen Parteien staatspolitische Arbeit zu leisten. Wir

müssen hinein in die

staatspolitische Verantwortung, um so Mitträger des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft zu werden. Wir wollen teilnehmen an der Gestaltung kommunalpolitischer Dinge. Wir wollen auch Anteil haben an der Kultur und die Regelung wichtiger volklicher Lebensfragen und schon in den kleinsten Parlamenten müssen wir das Leben in unserem christlich-nationalen Sinne beeinflussen. Alles Nörgeln und Brummen ist zwecklos; ebenso zwecklos aber ist es auch, die Möglichkeit des Politikmachens nur anderen Leuten allein zu überlassen. „Wer nicht an den Quellen schöpft, der muß mit den abfließenden Resten zufrieden sein.“

Am 17. November 1929 werden in Preußen die

Gemeinde-, Kreis-, Stadt- und Provinzparlamente

gewählt.

Auch sie sind von eminenter Bedeutung und deshalb haben wir die dringende Verpflichtung in diesen Parlamenten mitzuarbeiten. Hier gilt das was oben gesagt wurde, wir dürfen nicht nur anderen Ständen allein das Politikmachen überlassen, wir haben selbst Kräfte, die unter allen Umständen in diesen Parlamenten für die Arbeiterinteressen eintreten können.

Darum hinein in die politischen Körperschaften.

Die christlichen Gewerkschaftler wählen am 17. November 1929 nur solche Listen, auf denen christliche Gewerkschaftler an sicherer Stelle kandidieren.

Der Streik bei der Breslauer Straßenbahn.

Auf Grund des Reichsmanteltarifvertrages wurde in diesem Jahre die Arbeitszeit der städtischen Straßenbahner in Breslau von 9 Stunden auf 8½ Stunden reduziert. Die Arbeitszeitreduzierung war nur eine nominelle, weil in Wirklichkeit die Arbeitsleistung, d. h. der rollende Dienst derselbe geblieben ist. Schon bei der Arbeitszeitregelung im Mai d. Js. wies die christliche Gewerkschaft auf das in Erscheinung tretende Mißverhältnis hin und war bemüht, den Lohn, den man bei 234 Stunden monatlich gezahlt hatte, auch bei 221 Stunden monatlich weiter zu erhalten. In den damaligen Verhandlungen wurde seitens des Magistrats zugesagt, bei den kommenden Lohnverhandlungen im Juli eine diesbezügliche Regelung zu tätigen. Unser Verband reichte deshalb im Juli eine Forderung ein, die auf dem früher gezahlten Lohn bei neunstündiger Arbeitszeit aufgebaut war, und zwar sollten die Löhne betragen:

| | |
|---|------------|
| Im 2. Dienstjahr für Fahrer und Schaffner . . . | 213,98 RM. |
| im 2. Dienstjahr für Kraftfahrer . . . | 239,72 RM. |
| im 2. Dienstjahr für Bahnwärter . . . | 185,12 RM. |
| im 2. Dienstjahr für Weichensteller . . . | 180,96 RM. |

Die Dienstalterszulagen von 1, 2 und 3 Rpf. nach 2, 4 und 6 Jahren sollten bestehen bleiben, ebenso sollten die Frauen- und Kinderzulage à 3 Rpf. pro Stunde zukünftig weiter gezahlt werden. Die Bahnwärter sollten 36,— RM. Stiefelgeld pro Monat erhalten. Die Funktionszulagen für Fahrer und Schaffner, Schreibzulagen usw. sollten entsprechend der Lohnerhöhung prozentual gesteigert werden. Für die Gemeindegewerkschaft wurde ab 1. Juli eine Lohnzulage von 4 Rpf. bis April 1930 und 1 Rpf. von April 1930 bis September 1930 gewährt. Die gleiche Lohnerhöhung sollte auf die Straßenbahner übertragen werden. Die Errechnung des Monatslohnes bei 28 täglicher Arbeit pro Monat sollte auf der Basis von 221 Stunden gestützt werden. Das bedeutete ein Ausfall von monatlich 13 Stunden. Unser Verband und auch der Verkehrsbund gaben sich mit dieser Regelung nicht zufrieden und versuchten, eine andere Lösung herbeizuführen. Der Magistrat stellte sich auf den Standpunkt, daß im Grundlohn eine Verringerung nicht erfolgen könnte, da sonst die Straßenbahner aus dem Angelerntenverhältnis herausgehoben würden. Es wurden daher Zugeständnisse gemacht, die Funktionszulagen günstiger zu gestalten. In vier Verhandlungen wurde über diese Frage diskutiert und letztendlich vom Magistrat folgender Vorschlag gemacht:

Die Löhne der Straßenbahner der städtischen Straßenbahn werden vom 1. 7. 1929 bis 1. 4. 1930 wie folgt geregelt:

a) Fahrer, Schaffner, Pfortner, Telephonisten und Boten monatlich:

| | |
|--|------------|
| Im 2. Dienstjahre . . . | 190,06 RM. |
| im 3. und 4. Dienstjahre . . . | 192,27 RM. |
| im 5. und 6. Dienstjahre . . . | 194,48 RM. |
| im 7. und folgenden Dienstjahren . . . | 196,69 RM. |

b) Kraftfahrer monatlich:

| | |
|--|------------|
| Im 1. und 2. Dienstjahre . . . | 214,37 RM. |
| im 3. und 4. Dienstjahre . . . | 216,58 RM. |
| im 5. und 6. Dienstjahre . . . | 218,79 RM. |
| im 7. und folgenden Dienstjahren . . . | 221,— RM. |

c) Bahnwärter monatlich:

| | |
|--|------------|
| Im 1. und 2. Dienstjahre . . . | 172,64 RM. |
| im 3. und 4. Dienstjahre . . . | 174,62 RM. |
| im 5. und 6. Dienstjahre . . . | 180,96 RM. |
| im 7. und folgenden Dienstjahren . . . | 183,04 RM. |

d) Weichensteller monatlich:

| | |
|--|------------|
| Im 1. und 2. Dienstjahre . . . | 168,48 RM. |
| im 3. und 4. Dienstjahre . . . | 170,56 RM. |
| im 5. und 6. Dienstjahre . . . | 180,96 RM. |
| im 7. und folgenden Dienstjahren . . . | 183,04 RM. |

Vom 1. 4. 1930 bis 30. 9. 1930 betragen die Löhne:

a) Fahrer, Schaffner, Pfortner, Telephonisten und Boten monatlich:

| | |
|--|------------|
| Im 2. Dienstjahre . . . | 192,27 RM. |
| im 3. und 4. Dienstjahre . . . | 194,48 RM. |
| im 5. und 6. Dienstjahre . . . | 196,69 RM. |
| im 7. und folgenden Dienstjahren . . . | 198,90 RM. |

b) Kraftfahrer monatlich:

| | |
|--|------------|
| Im 1. und 2. Dienstjahre . . . | 216,58 RM. |
| im 3. und 4. Dienstjahre . . . | 218,79 RM. |
| im 5. und 6. Dienstjahre . . . | 221,— RM. |
| im 7. und folgenden Dienstjahren . . . | 223,21 RM. |

c) Bahnwärter monatlich:

| | |
|--|------------|
| Im 1. und 2. Dienstjahre . . . | 174,72 RM. |
| im 3. und 4. Dienstjahre . . . | 176,80 RM. |
| im 5. und 6. Dienstjahre . . . | 183,04 RM. |
| im 7. und folgenden Dienstjahren . . . | 185,12 RM. |

d) Weichensteller monatlich:

| | |
|--|------------|
| Im 1. und 2. Dienstjahre . . . | 170,56 RM. |
| im 3. und 4. Dienstjahre . . . | 172,84 RM. |
| im 5. und 6. Dienstjahre . . . | 183,04 RM. |
| im 7. und folgenden Dienstjahren . . . | 185,12 RM. |

Zu diesen Löhnen tritt eine Hausstands- und Kinderzulage von stündlich 3 Rpf. oder monatlich je 6,63 RM. Die Fahrer erhalten ab 1. 7. 1929 bis 1. 4. 1930 eine tägliche Fahrerzulage von 75 Rpf. oder 20,— RM. monatlich. Ab 1. 4. 1930 bis 30. 9. 1930 beträgt die Fahrerzulage 21,— RM. Die Kraftfahrer erhalten eine Kraftfahrerzulage ab 1. 7. 1929 bis 1. 4. 1930 von täglich 1,45 RM. oder monatlich 38,— RM. Ab 1. 4. 1930 bis 30. 9. 1930 beträgt die Zulage täglich 1,50 RM. oder monatlich 39,— RM. Die Kassenschaffner erhalten eine Funktionszulage von monatlich 20,— RM., sowie ein monatliches Fehlgeld von 10,— RM. Die Schaffner der Kraftomnibusabteilung erhalten eine Zulage von täglich 25 Rpf. oder monatlich 6,— RM. Die Entschädigung für Aushilfsschaffner beträgt täglich 1,50 RM., jedoch im Höchstfalle 29,— RM. monatlich. Die Schaffner und Kraftwagenschaffner erhalten eine Zulage einschließlich Fehlgeld von monatlich 4,— RM. ab 1. 7. 1929 bis 1. 4. 1930. Ab 1. 4. 1930 wird die Zulage auf monatlich 5,— RM. erhöht. Unterweisungsfunden werden monatlich mit $\frac{2}{3}$ der jeweiligen Dienstaltersstufe ohne Hausstands- und Kinderzulage gezahlt (bisher wurden nur $\frac{1}{3}$ monatliche Unterweisungsfunden gezahlt). Das Stiefelgeld für Bahnwärter beträgt 35,— RM., zahlbar am 1. Oktober jeden Jahres. Bei Fahrten über Land werden für Kraftfahrer vergütet für den halben Tag 2,50 RM., für den ganzen Tag 3,50 RM. als Sonderzulage.

Dieses Angebot wurde von den Mitgliedern unseres Verbandes abgelehnt, weil es in der Erhöhung nicht einmal 50 Prozent der entgangenen Differenz ausmachte. Seitens unseres Verbandes wurde nachgewiesen, daß der Magistrat bei einer Belegschaftsziffer von 993 Straßenbahnern infolge der rationalisierten Arbeitsmethode und infolge des monatlichen Verlustes von 13 Stunden mal Stundenlohn und dem Verlust an Frauen- und Kinderzulagen eine Gesamtsumme von 241 745 Reichsmark jährlich eingespart hat, so daß die Erhöhung der Löhne nicht aus neuen Steuermitteln, wie gesagt wurde, sondern aus diesen Ersparnissen zu tätigen war. Die gesamte Belastung nach den oben aufgeführten Erhöhungen beträgt für die Jahre 1929 und 1930 156 752 RM., so daß dem Magistrat infolge der Einsparungen noch ein Betrag von 84 993 RM. verbleibt, der dem Personal trotz neuerlicher Lohnregelung als entgangen zu verbuchen ist. Diese von uns angestellte Errechnung ist vom Magistrat als zutreffend anerkannt worden. Unter diesen Umständen ist es erst möglich, daß die gesamten Straßenbahner Breslaus vom 1. 4. 1930 trotz inzwischen eingetretener Teuerung usw. erst den Lohn wieder erreichen, den sie bereits am 1. Januar 1929 erreicht hatten. Infolge dieser Tatsachen lehnten unsere Kollegen das Angebot des Magistrats ab. Der Deutsche Verkehrsbund aber hat das Magistratsangebot nach vorheriger Klügelerei angenommen. In der Versammlung unseres Verbandes wurde die Ablehnung mit 278 Stimmen beschlossen. In der Versammlung des Verkehrsbundes beschloß man mit 96 Stimmen die Annahme. Auf Grund der Ablehnung rief unser Verband dann die Bezirkschiedsstelle an, die einen einstimmigen Schiedspruch fällte, dahingehend, daß die vorgeschlagene Lohnerhöhung (4 und 1 Rpf.) bestehen bleiben sollte und das Angebot des Magistrats bezüglich der Zulagen ab 1. 4. 1930 bereits am 1. 7. 1929 in Kraft treten sollten. Das bedeutete für unsere Kollegen ein Plus von netto 18 000 RM. für die Zeit vom 1. Juli 1929 bis 1. April 1930. Der Deutsche Verkehrsbund hat an dem Zustandekommen dieses Spruches nicht mitgewirkt. Wegen diesen einstimmigen Schiedspruch legte der Magistrat auf Antrag des sozialistischen Stadtrates Schramm beim Zentralausschuß in Berlin Einspruch ein. Seitens unseres Verbandes wurde dieser Schiedspruch angenommen. Am 5. September 1929 fanden wegen des Einspruches beim Zentralausschuß in Berlin Verhandlungen statt, und der Breslauer Schiedspruch wurde aufgehoben mit der Maßgabe, daß das Angebot des Magistrats zur Grundlage des neuen Schiedspruches gemacht wurde. Dieser Schiedspruch wurde seitens unseres Verbandes mit 99 Prozent der Stimmen unserer Mitgliedschaft abgelehnt und für Sonnabend, den 7. September, der Streik beschlossen. Vorher haben wir noch einmal versucht, mit dem Magistrat durch eine Verhandlung zur Einigung zu kommen. Der Magistrat zeigte bei der Verhandlung die eiskalte Schulter und glaubte, daß alles, was die christliche Gewerkschaft mache, Spielerei sei.

Am Sonntagmorgen, den 8. September, um 4 Uhr fuhr auf Grund des Streikbeschlusses kein Wagen mehr aus der Halle. Lobend herausgestellt werden muß, daß die Kollegen des Verkehrsbundes, die sich im Arbeitsverhältnis befinden, in Soli-

darität den Streik mitgemacht haben. Dem Magistrat wurde mitgeteilt, daß auf Grund seines Antrages an den Zentralausschuß in Berlin, wir von unserem Zugeständnis von dem Breslauer Schiedsspruch abrückten und unsere erste Forderung zur Grundlage der Verhandlungen machen. In der Begründung, die der Magistrat dem Zentralausschuß in Berlin gegeben hat, wird ausdrücklich festgestellt, daß der Deutsche Verkehrsbund die Vorschläge des Magistrats tatsächlich angenommen hat. Es wird weiter gesagt, um mit dem Magistrat wörtlich zu reden: „In vorliegendem Falle würde auch das merkwürdige Ergebnis erzielt werden, daß der Verband (Verkehrsbund) die Vorschläge des Magistrats ausdrücklich angenommen hat, so daß der Spruch der Bezirksschiedsstelle einem großen Teile der Belegschaft Summen zugebilligt hat, die sie selber gar nicht verlangt hat.“ Der Verkehrsbund hat sich an den Verhandlungen vor der Bezirksschiedsstelle nicht beteiligt, und hat es auch abgelehnt, Vertreter als Mitglieder der Bezirksschiedsstelle in dieselbe zu entsenden. Demzufolge wurde der Verkehrsbund weder vom Magistrat, noch von der Bezirksschiedsstelle, noch vom Zentralausschuß als Streikpartei anerkannt und hat niemals in dieser Frage mitverhandelt. In der Nacht vor dem Ausbruch des Streikes hat unser Verband den Magistrat fernmündlich und durch Boten von der Streikabsicht und unseren Forderungen in Kenntnis gesetzt. Der zuständige Bejerrant, der zugleich stellvertretender Oberbürgermeister war, Herr Stadtrat Zillmer, verlangte den Brief, weil er an einer Familienfeier teilnahm, zu Sonntag morgen um 8 Uhr in seine Wohnung. Der Magistrat glaubte bis zur Stunde noch nicht, daß ein Streik seitens der christlichen Gewerkschaft möglich sei. In der Nacht vor dem Streik läutete der staatliche Schlichter an, ohne mit der Streikleitung Verbindung zu bekommen. Pfllichtgemäß rief die Streikleitung am Sonntag morgen, den 8. September, um 8 Uhr den staatlichen Schlichter an, der nachfragte, ob wir eine Einladung zur Verbindlichkeitsverhandlung bekommen hätten. Wir bestätigten den Eingang dieses Schreibens am Sonntag morgen und stellten fest, daß das Schreiben laut Poststempel bereits am Freitag zwischen 18 und 19 Uhr auf die Post gegeben war. Auf dem Briefumschlag fehlte allerdings die genaue Adresse (Straße, Hausnummer usw.). Wir erklärten dem Schlichter, daß wir selbstverständlich zu Einigungsverhandlungen bereit wären und die ganze Nacht hindurch auf Einladungen zu Einigungsverhandlungen gewartet hätten. Der staatliche Schlichter bat uns am Sonntag, den 8. September, mittags um 11 Uhr zur Verhandlung. Inzwischen läutete auch der stellvertretende Oberbürgermeister, Herr Stadtrat Zillmer, an und fragte, ob wir verhandlungsbereit wären. Angesichts der Tatsachen, daß gestreikt wurde, schlug Herr Zillmer im Gegensatz zu Sonnabend abend einen ganz anderen Ton an. Um 11 Uhr Sonntag mittags fand dann beim staatlichen Schlichter die Einigungsverhandlung statt, die unter dem Eindruck einer Verbindlichkeitsverhandlung stand, weil nach Auffassung des staatlichen Schlichters berechtigtes öffentliches Interesse vorlag und der Streik sobald als möglich beendet werden sollte. Eingangs der Verhandlungen spielte sich folgendes ab: Der staatliche Schlichter fragte den Leiter des Verkehrsbundes, ob er ein Vertragswerk mit dem Magistrat unterschrieben hätte. Dies wurde vom Leiter des Verkehrsbundes verneint. Er wurde weiter gefragt, ob der Verkehrsbund in einem besonderen Schreiben seine Zustimmung zu den Vorschlägen des Magistrats gegeben hätte; dieses wurde von dem Leiter des Verkehrsbundes bejaht. Auf Grund dieser Feststellung wurde vom staatlichen Schlichter erklärt, daß der Deutsche Verkehrsbund tarifgebunden und keine Partei mehr sei, sich infolge des Streikes eines Tarifbruches schuldig gemacht habe. Allerdings residierte sich der Schlichter zugunsten des Deutschen Verkehrsbundes später dahin, daß seine Leute einen Sympathiestreik führten. In den Verhandlungen, die von einem sozialistischen Gewerkschaftssekretär, Herrn Stadtrat Ziegler, geführt wurden, wurden unsererseits zunächst die alten Forderungen erhoben. Unter Aufsicht des Herrn Stadtra Schimmelpennin (Sonderausschuß der Arbeitgeberverbände) und des Herrn stellvertretenden Oberbürgermeisters Stadtrat Zillmer wurden diese Forderungen abgelehnt. Wir machten erneut Vermittlungsvorschläge, die ebenfalls abgelehnt wurden. Nochmals versuchte der staatliche Schlichter auf Grund eines neuerlichen Vorschlages unsererseits eine Vermittlung herbeizuführen, die abermals scheiterte. Der sozialistische Gewerkschaftssekretär, Herr Stadtrat Ziegler, verlangte von uns, daß, bevor er mit uns weiter verhandele, die Belegschaft in den Dienst gehen sollte. Ein neuer Vorschlag unsererseits, der auf der Basis des Breslauer Schiedsspruches gemacht wurde, mit der Maßgabe, daß der Breslauer Schiedsspruch wieder voll in Kraft gesetzt werden sollte, seitens der Verwaltung der Streiktag bezahlt werden sollte und keine

Maßregelungen getroffen werden dürften, wurde seitens der Magistratskreise abermals abgelehnt. Der staatliche Schlichter betrachtete die Einigungsversuche bereits als gescheitert und wollte uns durch Verbindlichkeitsverhandlungen den Berliner Schiedsspruch als Zwangstarif anhängen. Die Situation war äußerst kritisch, und der Schlichter bemühte sich noch einmal, den Zwangstarif zu verhindern, und es sei hier lobend herausgestellt, daß Herr Oberpräsident Philipp sich die größte Mühe machte, durch Einigungsversuche für die Arbeitnehmer eine erträgliche Basis zu finden. Der letzte Vorschlag des Herrn Oberpräsidenten Philipp ging dahin:

1. Der Breslauer Schiedsspruch wird ab 1. Oktober 1929 in Kraft gesetzt.
2. Maßregelungen dürfen nicht ergriffen werden.
3. Die Arbeit ist sofort wieder aufzunehmen.
4. Der Streiktag wird nicht bezahlt.

Der Magistrat erklärte, daß von 9000 zufriedenen Arbeitern 1000 Rebellen eine Belohnung nicht zuteil werden dürfe, indem man noch den Streiktag bezahle. Unter dem Zwange dieser ungünstigen Situation, daß die christliche Gewerkschaft allein als Partei dem Magistrat gegenübergestanden hat, blieb uns keine andere Wahl, als diesen Vorschlag anzunehmen, wollten wir dem Magistrat nicht eine Handhabe geben, unsere führenden Kollegen und einen Teil der alten auf das Straßenpflaster setzen zu lassen. Hätten wir dieses letzte Angebot nicht angenommen, dann wäre der Berliner Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden und die Verwaltung hätte freie Hand gehabt, mit den Leuten zu tun und zu lassen was ihr beliebte.

So haben wir nun große materielle Erfolge zwar nicht erzielt, wir haben aber durch unsere berechtigte Forderung, wie durch unsere gefällige Aufklärung, die auch von der Bürgerschaft restlos anerkannt wurde, und wir haben durch die unbedingte Gewerkschaftsbildziplin unserer Kollegen, der Öffentlichkeit und dem Magistrat gezeigt, daß mit den christlichen Gewerkschaften nicht zu spielen ist. Der gewerkschaftliche Erfolg ist in moralischer Hinsicht ein überragender, und unsere Kollegen sind mit dem erzielten Resultat, trotz der Verleumdung des Verkehrsbundes, der hier in größter Form einen Arbeiterverrat beging, indem die Verkehrsbundleitung hinter unserem Rücken das Angebot des Magistrats angenommen hatte, zufrieden und sind überzeugt, daß durch diesen Streik die Position der christlichen Gewerkschaft ganz erheblich gefestigt ist. Nach Abschluß des Gewerkschaftskampfes kann gesagt werden, daß die Maßnahmen des Magistrats im Dienste der Sozialdemokratie rein politische waren, die das Ziel hatten, der christlichen Gewerkschaft einen Schlag zu versetzen. Den Sozialisten sei ins Stammbuch geschrieben, daß wir es ablehnen, uns von ihnen weder politisch noch gewerkschaftlich terrorisieren zu lassen und daß wir gewerkschaftlich unsere eigenen Wege gehen, wie wir sie im Interesse der Straßenbahner und der Arbeitnehmer für notwendig erachten. Wir sind überzeugt, daß dieser Streik die Einleitung weiterer Kampfmaßnahmen für die kommende Zeit bedeutet und möchten mit August Bebel dem Verkehrsbund raten: „Kollegen, seht euch eure Führer an.“ Die Straßenbahnergesellschaft Breslaus hat aus der Haltung des Verkehrsbundes gelernt, daß ihr Aufstieg durch diese Arbeitervertreter nicht erfolgen kann. Die vielen Uebertritte und Zugänge beweisen der christlichen Gewerkschaft, daß sie auf dem rechten Wege ist.

Wir hoffen, daß durch diese Publikation den Straßenbahnern und anderen Berufsgruppen die Augen aufgehen und sie aus dem Verkehrsbund und den freien Gewerkschaften austreten und sich unseren Verbänden anschließen.

Kräftige Abfuhr des sozialistischen Landarbeiterverbandes.

Eine sehr interessante Versammlung fand am Sonntag, den 15. d. Mts., in Wilhelmsthal im „Schwarzen Adler“ statt. Die recht stattliche Ortsgruppe der Forstarbeiter im Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer (christliche Gewerkschaft) hatte diesmal zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, um eine Aussprache mit der gegnerischen Organisation (freie Gewerkschaft) herbeizuführen. Annähernd 100 Versammlungsbesucher füllten den Saal. Der Vorsitzende des Ortsvereins, Seipel, Wilhelmsthal, eröffnete die Versammlung und stellte fest, daß diesmal auch Vertreter der gegnerischen Organisation erschienen sind. Gewerkschaftssekretär Wiejorek-Glaß sprach dann sehr ausführlich über den bisherigen Verlauf der Lohnverhandlungen für Forstarbeiter, nahm dann zu den bisherigen Verordnungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes Stellung und forderte zu reger Beteiligung an den bevorstehenden Kommunalwahlen auf. Der Redner ging dann auf die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den christlichen und freien Gewerkschaften ein und legte dar,

daß die christlich und national denkenden Arbeiter auf Grund ihrer Weltanschauung niemals den freien Gewerkschaften angehören können. Insbesondere konnte an Hand von Tatsachen der Nachweis erbracht werden, daß in der Zeit, in der die Sozialdemokratie und die mit ihr eng verbundenen freien Gewerkschaften entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung haben, nennenswerte Verbesserungen der Lage der Arbeiterschaft nicht zu verzeichnen sind. Mit einem Hinweis auf den zu gleicher Zeit in Frankfurt a. M. tagenden Kongreß der christlichen Gewerkschaften und die Bedeutung desselben für die deutsche Arbeiterschaft schloß der Redner seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

In der nun folgenden Aussprache versuchte der Sekretär des sozialistischen Landarbeiterverbandes, Kühnel-Blag, sehr ungünstig die Durchschlagskraft der Ausführungen des Herrn Wieszorek abzuschwächen und sich und seine Organisation in den Vordergrund zu schieben. Mit der Wahrheit nahm er es nicht sehr genau; er stellte bewußt unwahre Behauptungen auf, die von dem Versammlungsredner, dem ebenfalls anwesenden Bezirksleiter des christlichen Landarbeiterverbandes, Geier-Breslau, und dem Gewerkschaftssekretär Puschmann-Blag sofort entkräftet werden konnten. Herr Kühnel sah man es bald an, daß er sich in einer nicht beneidenswerten Lage befand; denn es bewahrheitete sich das bekannte Sprichwort: „Lügen haben kurze Beine.“ Der Erfolg, den sich der sozialistische Landarbeiterverband von der Versammlung versprochen hatte ist ausgeblieben. Herr Kühnel hat seiner Sache einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Die Verteidigung der von seiner Gewerkschaftsrichtung vertretenden Ideen lag bei ihm in den denkbar schlechtesten Händen. Das merkte auch jeder Forstarbeiter, der an dieser Versammlung teilnahm. Herr Kühnel wird gut tun, in gewerkschaftlichen Dingen noch etwas zu lernen und auch mit seinen Ausführungen sachlicher und persönlicher Art vorsichtiger zu sein; weil er sonst öfter solche Niederlagen erleben könnte.

Daß die Forstarbeiter von Wilhelmsthal und Umgegend treu und geschlossen zur christlichen Gewerkschaft stehen, bewies der lebhafteste Beifall bei den Ausführungen der christlichen Gewerkschaftsvertreter und das am Schluß der Versammlung ausgebrachte Hoch auf den Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer, in das die Versammlung mit Begeisterung einstimmte.

Wie man eine Wahl zum Gesellenausschuß der Herrenschneider-Sparcassinnung führt.

Am 21. August 1929 fand die Gesellenausschuwahl im Innungslokal statt.

Um 6,10 Uhr wurde von Herrn Obermeister der Wahlakt eröffnet. Er stellte fest, daß man stehen in den Wahlakt eingetreten wäre und ließ zu gleicher Zeit die Tür verschließen. Es fanden sich noch eine ganze Anzahl Kollegen ein, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollten. Vier Personen gelang es, sich noch zur Tür hereinzufriedeln. Einer davon war ein freigewerkschaftlich Organisierter. Diesem ermöglichte man es noch, seine Stimme abzugeben. Die anderen drei Kollegen vom christl. Verband wurden daran gehindert, weil die Zeit des Obermeisters zu kurz bemessen war. Vor der verschlossenen Tür fanden sich noch mehr wahlberechtigte Kollegen ein. Trotz Klopfen wurde nicht geöffnet, und die Kollegen konnten leider von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch machen.

Die Herrenschneiderinnung hat in § 12 ihrer Satzungen festgelegt, daß nur derjenige als gewählt gilt, der die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigt. Ein sonderbarer alter Topf, der den heutigen demokratischen Grundsätzen nicht entspricht. Höchste Zeit wäre es, mit diesen Dingen aufzuräumen.

Das ist die Morgenröte der Freiheit, die im November 1918 einem jeden verheißen wurde. Die Freiheit, die ich meine!

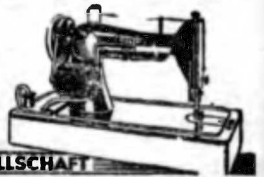
Der Streik der Tischler in Breslau.

Seit dem 22. August stehen in Breslau in den Innungsbetrieben die Tischlergesellen im Streik. Zurzeit werden 50 Betriebe mit zirka 450 Mann Belegschaft befreit. Den Grund zu diesem Arbeitskämpfe gab die Tischlerinnung, indem sie den Teil des Mantelvertrages für das Holzgewerbe nicht zur Durchführung brachte, in dem die Kostgeldentschädigungsätze und die Ferienbewilligung der Lehrlinge enthalten ist. Interessant ist, daß die „Freie Vereinigung der Arbeitgeber“ in der Holzindustrie zu Breslau und eine Anzahl Innungsmeister, den Vertrag trotz der generellen Ablehnung der Innung, zur Durchführung bringen und unterstützen haben. An dem Ausgang des Arbeitskampfes ist nicht nur das Tischlergewerbe, sondern sämtliche Innungen stark interessiert. Durch die Auseinandersetzungen mit der Innung, werden die katastrophalen Lehrlings-

verhältnisse im Holzgewerbe schlaglichtartig beleuchtet. Für den Fernstehenden ist es interessant zu wissen, daß die Innungsmeister bisher Kostgeldsätze von 2,—, 3,—, 4,— und 5.— Mark pro Woche an die Lehrlinge, wenn sie bei ihren Eltern in Verpflegung waren, zahlten. In der Mehrheit richteten sich allerdings die wenigsten Innungsmeister nach dieser Vorschrift. Wenn irgendein Lehrling etwas verpuscht hatte, oder sonst Unstimmigkeiten eintraten, dann wurden von diesen Kostgeldsätzen oft noch Abzüge gemacht. Die Ferien wurden den wenigsten Lehrlingen gewährt. Die Meister erblickten in den Lehrlingen ihnen zur Erziehung überantwortete Menschen, die sie nach alten Kunstbräuchen behandelten. Der Lehrling war sehr oft Hausmädchen, Lehrling und Pudel für alles. Bei den öffentlichen Auseinandersetzungen hat die Breslauer Zwangsinnung fast nur vom Deutschen Holzarbeiterverband, Zahlstelle Breslau, gesprochen. Es ist der Innung aber bekannt, daß der „Zentralverband christlicher Holzarbeiter“ an diesem Kampfe stark beteiligt ist. Zumindest haben die jetzigen Innungsmeister, ehemalige Verbandskollegen, die als Arbeitnehmer nicht radikal genug sein konnten, in den Innungsstimmungen dafür Sorge getragen, daß der christliche Holzarbeiterverband genügend allen Mitgliedern der Innung bekannt geworden ist.

Die Maßnahmen, die seitens verschiedener Innungsmeister getroffen worden sind, Streikbrecher über fremde Grundstücke in ihre Betriebe steigen zu lassen, gereicht ihnen wenig zur Ehre. Diese Methode, den Arbeitskämpfe zu inhibieren, wird nicht zum Ziele führen. Daß auch die Frauen der Tischlermeister sich aktiv am Kampfe beteiligen, indem sie die Gewerkschaftsführung durch unsachliche Reden zu misgreditieren suchen, ist ein Kuriosum und beweist, mit welchen schwachen Mitteln die Innung den Kampf gegen die Gewerkschaften führt.

DAS WAHRZEICHEN DER QUALITÄT



SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT

In einer Entschlebung der Breslauer Innung wird berichtet, daß Arbeitswillige von den Streikenden mit Gewalt, Drohung und Mißhandlung von der Arbeit ferngehalten wurden. Es ist Aufgabe der Innung, für diese Behauptung den Beweis zu führen. Geradezu ungeheuerlich ist es, wenn die Breslauer Innung berichtet, daß das Breslauer Vereinstschaftsgericht Holzarbeiter zu 9 und 3 Monaten sowie zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt haben soll. Unsererseits angestellte Erkundigungen haben bisher nicht dazu geführt, diese Behauptungen als Tatsache festzustellen. Es wäre auch interessant von der Innung zu erfahren, von welcher Seite diese Terrorakte verübt sein sollen. Seitens unseres Verbandes wird festgestellt, daß sich von unseren Kollegen niemand unter den Verurteilten befindet und niemand an Terrorakten teilgenommen hat.

Einstufige Verfügungen gegen die Streikführer, die seitens der Innung erwirkt worden sind, führen ebenfalls nicht zum Ziele, da rechtswidrige Maßnahmen seitens der Streikleitung nicht getroffen worden sind und politische Momente dem Kampfe nicht zugrunde liegen. Die Aufstellung von Streikposten ist eine interne Angelegenheit der streikenden Parteien, gegen die gesetzliche Handhaben nicht bestehen, wenn die Streikposten keine ungesetzlichen Handlungen begehen.

Den Streik als stillschweigend und unsittlich zu betrachten ist ebenfalls eine interne Angelegenheit der Gewerkschaften. Mit demselben Recht, mit dem die Arbeitgeber in Wirtschaftskämpfen „Aussperrungen“ verhängen, können die Gewerkschaften zur Erreichung ihrer Ziele als letztes Mittel den Streik proklamieren.

Wenn auch volkswirtschaftlich diese oder jene Maßnahme nicht wünschenswert ist, so ist es rechtlich absolut einwandfrei und jeweils letztes Mittel kämpfender Interessengemeinschaften.

Nachdem nun dieser Kampf entbrannt ist, versuchen sich die Innungsmeister in der Lobhaldigung der Lehrlinge zu überbieten. Diese Bestrebung hat ihre besondere Tendenz und zielt darauf ab, in den Lehrlingen persönlichen Stolz und bei den Erziehungsberechtigten Geneigtheit zu wecken, sich den zünftigen Maßnahmen der Innungsmeister zu beugen. Vielleicht versuchen die Herren Innungsmeister nicht nur jetzt, sondern auch später mit ihren Lehrlingen ihre Betriebe aufrechtzuerhalten. Wir organisierten Tischler aber fühlen uns verpflichtet, den unberechtigten „Herrn-im-Hausestandpunkt“ der Tischlerzunft zu brechen.

Was wir wollen, ist eine Lehrlingsordnung für das Tischlerhandwerk, auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Mitbestimmung.

Ungeheurer Terror gegen einen christlichen Gewerkschaftler.

Wie der sozialistische Betriebsrat und die sozialistische Belegschaft der Firma Linke-Hofmann-Werke in Breslau christlich organisierte Arbeiter terrorisiert, zeigt folgender Vorgang.

Seit dem Oktober 1928 ist ein Schlosser der Firma Linke-Hofmann-Werke, der dort vorher 13 Jahre lang beschäftigt war, arbeitslos. Seit langer Zeit bemühte sich derselbe, da er auch Familienvater ist, Arbeit zu erhalten. Verschiedene Bemühungen, wieder bei seiner alten Firma unterzukommen, mißlungen. Nun sollte dieser Mann von seinen Leiden erlöst werden. Die Firma stellte ihn, da er als guter Arbeiter bekannt ist, wieder ein. Das paßte jedoch der sozialistischen Belegschaft nicht. Am Montag, den 2. September, beim Arbeitsbeginn, als sich der arme Arbeitslose zur Wiederaufnahme der Arbeit meldete und seine Arbeitsgeräte in Empfang nehmen wollte, rottete sich die sozialistische Belegschaft zusammen. Mit „Christen“ will man nicht zusammenarbeiten. Eher sollte die Abteilung stillgelegt werden. Passive Resistenz übte man schon. Um aber diesem Terror einen Schein von Wahrheit zu geben, wurde ein Fall ausgegraben, der sich vor sieben Jahren im Betrieb abgespielt hatte. Eine kleine Arbeiterstreikache, wie sie alltäglich im Betrieb vorkommt, in diesem Falle aber noch nicht einmal völlig der Wahrheit entsprechend, wurde zum Anlaß genommen, um gegen den christlich organisierten, der seit 1928 arbeitslos ist, vorzugehen.

Mit diesem Terror will man nicht nur den christlich organisierten Arbeiter, sondern vielmehr den christlichen Metallarbeiterverband treffen, der den Genossen im Betriebe auf die Nerven fällt. Daß sich der sozialistische Betriebsrat zu diesen schlimmen Terrormaßnahmen hinreißt, der doch nach dem Betriebsrätegesetz alle Arbeiter vertreten muß, verschlimmert die Angelegenheit nur noch. Aber, wie es scheint, will auch dieser nicht, daß die christlichen Metallarbeiter im Betriebe der Firma Linke-Hofmann stark werden.

Alle anständig denkenden Arbeiter von Breslau und Umgebung sollten sich diesen Fall überlegen. Er gibt zu denken. Vielleicht das morgen schon einen anderen Arbeiter daselbe Unglück trifft. Eigentümlich ist es doch, daß wir seit Monaten beim Sacharbeitsnachweis für das Metallgewerbe in Breslau die Wahrnehmung machen können, daß trotz verhältnismäßig reichlicher Vermittlung von Arbeitskräften für die Metallindustrie kein christlich organisierter Metallarbeiter hat Arbeit finden können.

So wie bei Linke-Hofmann sollte einmal eine christlich organisierte Belegschaft und ein christlich organisierter Betriebsrat gegen einen sozialistischen Arbeiter vorgehen. Wir sind überzeugt davon, der sozialistische Blätterwald würde wochenlang davon widerballen, und die sozialistischen Agitatoren hätten ein neues Opfer gefunden.

Mit diesem Fall wird sich aber nicht nur die Öffentlichkeit, sondern werden sich auch noch andere Instanzen zu beschäftigen haben.

Der christliche Holzarbeiterverband soll Verrat begangen haben.

Die Breslauer „Volkswacht“ vom Montag, den 9. September, und sämtliche sozialistischen Tageszeitungen Schlesiens, brachten eine Notiz unter der Überschrift „Verrat des christlichen Holzarbeiterverbandes“. Darin schreiben sie, daß der christliche Holzarbeiterverband für Rheinland und Westfalen, wo die Tischler seit sieben Wochen im Streik stehen, weil die Innungsmeister nicht die im Reichsmanteltarif vorgegebene Lehrlingsregelung anerkennen wollten, ein Sonderabkommen abgeschlossen hat und somit dem freigewerkschaftlichen Holzarbeiterverband in den Rücken gefallen wäre. Der Grund für diesen Abbruch läge jedoch darin, daß dem christlichen Holzarbeiterverband zur Durchführung des Streikes kein Geld mehr zur Verfügung stünde und ihnen der Atem ausgegangen wäre. Soweit der Bericht der „Volkswacht“ und der sozialistischen Tageszeitungen.

Die Dinge liegen aber in Wirklichkeit anders, und zwar wie folgt:

In dem Kampfgebiet sind rund 5000 Tischlermeister vorhanden, von denen 2000 Gesellen beschäftigt werden, während die anderen mehr Lehrlinge oder zum Teil nur einen oder zwei Gehilfen im Betriebe haben. Diese Meister sind in rund 120 Innungen zusammengeschlossen, von denen 60 dem Tischlerinnungsverband angehören. Von diesen 60 wurden 26 bestreikt. Nachdem der Streik nun wochenlang andauerte, hat der Tischlerinnungstag beschlossen, daß die Innungen bereit wären, mit den Verbänden eine Lehrlingsordnung auf berufständischer Grundlage zu schaffen. Der Schlichter von Dortmund hatte die Parteien für

den 24. August zu einer Verhandlung geladen. Der Tischlerinnungsverband unterbreitete einen Vorschlag, in welcher Weise die Kostgeldsätze und Ferien als vorläufige Regelung zwischen den Vertragsparteien geregelt werden könnten. Der Schlichter setzte sich sehr stark dafür ein, daß auf der von den Arbeitgebern vorgelegenen Grundlage eine Verständigung erzielt würde. Die Vertreter des Deutschen (freien) Holzarbeiterverbandes waren ebenfalls der Auffassung, daß auf dieser Grundlage die Verhandlungen geführt werden könnten, die dann auf den 30. August angesetzt wurden.

In der Zwischenzeit wurde auch in Hannover verhandelt und der Deutsche Holzarbeiterverband beteiligte sich ebenfalls an der Verhandlung. Eine Verständigung kam deshalb dort nicht zustande, weil der Syndikus der Innung, Dr. Schild, die von dem dortigen Innungsverbände zuerst gemachten Zusagen zurückzog.

Für Rheinland und Westfalen fanden dann die Verhandlungen am 4. September statt. Während der Deutsche Holzarbeiterverband bereit war, in Hannover, wo er die Mehrheit hat, zu verhandeln und abzuschließen, lehnte er nunmehr Verhandlungen für Rheinland und Westfalen, wo der christliche Holzarbeiterverband in der Mehrheit ist, ab.

Einem derartigen Vorgehen konnte sich der christliche Holzarbeiterverband nicht anschließen und führte die Verhandlungen mit folgendem Ergebnis durch:

Die Kostgeldsätze betragen im 1. Lehrjahr in Ortsklasse I 3,50 Mk., im 2. Lehrjahr 7,— Mk., im 3. Lehrjahr 10,50 Mk. und im 4. Lehrjahr 14,— Mk. pro Woche.

Vis jetzt wurden nur sehr minimale Sätze gezahlt und bedeutet diese Regelung einen gewaltigen Fortschritt.

Die Ferien, die in dem Reichsmantelvertrag, um dessen Anerkennung gestreikt wurde, in jedem Lehrjahr auf fünf Tage festgesetzt sind, wurden so geregelt, daß im 1. Lehrjahr sieben Tage, im 2. Lehrjahr sechs Tage und im 3. Lehrjahr fünf Tage festgesetzt wurden. Weiterhin wurde vereinbart, daß die zuständigen Handwerkskammern die Verpflichtung übernehmen, diese Vereinbarung in die Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens im Tischlerhandwerk gemäß § 103c Ziffer 1 und 2 der RVO. zu übernehmen und den Tischlerinnungen des Kammerbezirks zur Durchführung vorgeschrieben werden. Gleichfalls haben sich die beteiligten Innungen verpflichtet, den Lehrmeistern die Erfüllung dieser Pflichten durch Beschluß der Innungsversammlung aufzuerlegen. Weiterhin haben sich beide Parteien verpflichtet, im Geiste beruflicher Selbstverwaltung die endgültige Lehrlingsordnung zu schaffen und durchführen zu helfen.

Die getroffenen Vereinbarungen sehen nicht nach einem Verrat von Arbeiterinteressen aus. Der christliche Holzarbeiterverband ist eine selbständige Organisation und hat genügend Verantwortungsbewußtsein seinen Mitgliedern gegenüber, um selbständige Handlungen tätigen zu können.

Das Interesse des Deutschen Holzarbeiterverbandes scheint in diesem Falle ein anderes zu sein, denn das, was er für den Bezirk Hannover für tragbar hielt und abschließen wollte, mußte auch für Rheinland und Westfalen gelten.

Hier bewahrt sich wieder das Sprichwort: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe.“

„Christliche Arbeiter

suchen Hilfe bei der Sozialdemokratie!“

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die sozialdemokratische Presse ein Schreiben des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands, das dieser an alle Fraktionen des Reichstages gesandt hat, die seinerzeit das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geschaffen haben. Durch das Schreiben wurde den Fraktionen von einer Entschleßung Kenntnis gegeben, die vom letzten Verbandstag des christlichen Tabakarbeiterverbandes, der Ende Juni 1929 in Freiburg stattgefunden hat, angenommen wurde.

Die Zusendung des Schreibens auch an die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages ist, wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, mit voller Absicht erfolgt. Sihen doch gerade in der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages die Minister, die für eine Gesetzesänderung in erster Linie verantwortlich sind. Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Dr. Hilferding war es, der vor einigen Monaten die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gezwungen hat, die aus dem Zurückgehen der Arbeitslosigkeit erzielten Ueberschüsse an die Reichskasse abzuliefern. Das hat sich kein bürgerlicher Reichsfinanzminister vorher erlaubt. Durch diese Maßnahme sah sich der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffel genötigt, dem Reichstag und Reichsrat einen Gesetzentwurf vorzulegen, der allerhand Verschlechterungen vorsieht. Für diesen Gesetzentwurf ist an erster Stelle der sozialdemo-

kratische Reichsarbeitsminister Wiffel verantwortlich. Konnte oder wollte er dafür die Verantwortung nicht tragen, dann mußte er von seinem Ministerfessel zurücktreten.

Die sozialdemokratische Presse, die wegen des Schreibens des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands jetzt den Mund so voll nimmt und von einer Revolte der christlichen Arbeiter faßelt, täte besser, wenn sie sich mit dem Verhalten der ihr nahestehenden Minister befassen würde. Im übrigen warten wir ab, ob die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wirklich im Sinne der ihr zugegangenen Entschliebung stimmen wird.

Es sprach Rechtsanwalt Dr. Lion Levy.

Die bisherigen Lohnverhandlungen für die Breslauer Handels-
hilfsarbeiter waren mehr als tragisch. Am 30. April lief der alte Tarif ab. Ende Mai wurde zum erstenmal ergebnislos verhandelt. Hierauf fand erst Ende Juni eine Schlichtungsverhandlung statt, die uns ebenfalls keinen Schritt weiterbrachte. Erst im August wurde ein Schiedsspruch gefällt. Trotzdem nur 1.— Mk. die Woche als Lohnhöhung ab jetzt und ab 1. Februar nächsten Jahres von 1,50 Mk. im Schiedsspruch vorgesehen war, lehnten ihn die Arbeitgeber ab. Um diese niedrige Lohn-
erhöhung für die Mitglieder zu sichern, mußten wir den Schlichter antauen. Zu der Verhandlung beim Schlichter erschienen eine ganze Anzahl Syndikats der Breslauer Arbeitgeberverbände. Sie brachten sich aber noch einen Herrn mit, und zwar den Rechts-
anwalt Dr. Lion Levy. Dieser Herr gehört zu den best ver-
dienenden Rechtsanwälden. Von einer Stelle, die es genau
wissen wird, wurde uns versichert, daß er ein Einkommen von
100 000 Mk. im Jahre erreicht. Ausgerechnet diesem Mann war
es vorbehalten, eine Brandrede gegen die Begehrlichkeit der
Arbeiterschaft und die Lohnpolitik der Gewerkschaften zu halten.
Für eine Lohnhöhung bestände keinerlei Veranlassung und nur
lediglich das Bestreben der Gewerkschaften, ihre Position zu
halten, wäre ausschlaggebend. Ohne jeden Sinn und ohne jede
Begründung werden Forderungen gestellt, wenn ein Tarif ab-
gelaufen ist, als wenn dies ein ehernes Gesetz wäre. Von wo die
Arbeitgeber das Geld hernehmen sollen, wird nicht gefragt.
Er hätte den Gewerkschaftsführern mehr volkswirtschaftliches Ver-
ständnis zugetraut, jedoch ist er in dem Glauben bestärkt worden,
daß die Gewerkschaften Schädlinge der deutschen Wirtschaft
wären. Bedauerlich ist es, daß der Staat seine Hilfe zur Ver-
fügung stellt, um die Gewerkschaften in ihrem schädlichen Treiben
noch zu bestärken.

Kollege Kabus nahm hierauf das Wort. Wegen diese Aus-
führungen eines Mannes, dem jedes Verständnis für die Lage
des Arbeiterstandes abgeht, legte er zunächst entschieden Ver-
wahrung ein. Wenn Dr. Lion Levy sich die Mühe gemacht
hätte, die bisherigen Lohnsätze sich näher anzusehen, so hätte er
niemals eine derartig unbegründete Anklagerede halten können.
Er hätte feststellen müssen, daß der jetzige Lohn, ganze 31.— Mk.
in der Lohnklasse I für den über 24 Jahre alten Handelshilfs-
arbeiter beträgt. Nach Abzug der sozialen Beiträge bleiben ihm
28.— Mk. übrig. Die Frauen der Handelshilfsarbeiter sind
Künstlerinnen und müßten prämiert werden, daß sie es fertig
bringen, mit diesem Lohn in einer Großstadt von 600 000 Ein-
wohnern und den jetzigen Preisverhältnissen für die Lebens-
haltung auszukommen. Daß sie dabei in der Lage sind, ihren
Haushalt in Ordnung zu halten, ist mehr als eine Kunst. Daß die
Gewerkschaftsvertreter die bestgehagten Menschen auf Gottes
Erdboden sind, ist bekannt. Sie haben nur die eine Genugtuung,
daß man sie fürchtet. Menschen mit Einnahmen, wie sie Herr
Lion Levy hat, sprechen wir das Recht ab, Kritik an der Lohn-
politik der Gewerkschaften zu üben.

Nachdem der Führer der Breslauer Arbeitgeberverbände,
Herr Amtsgerichtsrat Blauel, die Erklärung abgab, daß er die
Ausführungen von Herrn Dr. Lion Levy vollinhaltlich an-
erkennt, erhielt er vom Schlichter eine anständige Belehrung.
Dr. Lion Levy hat seine Mission als erledigt angesehen und ver-
abschiedete sich. Für seine Brandrede wird er höchstwahrscheinlich
einen Betrag liquidiert haben, der höher sein wird, als ihn ein
Handelshilfsarbeiter in Monaten verdient.

Die Verhandlungen führten dann noch zu einem Ergebnis, in
dem der Schiedsspruch mit einigen Abänderungen zum Tarif-
vertrag erhoben wurde.

Vom Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M.

Der 12. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
tagte vom 15.—18. September in den Räumen des Volks-
bildungsheim in Frankfurt a. M. Ueber 300 Delegierte aus allen
Gauen Deutschlands und von allen Berufsverbänden der christ-
lichen Gewerkschaftsbewegung waren anwesend. Der Kongress
wurde eingeleitet mit Festgottesdiensten. Für die Katholiken fand
derselbe im Dom statt. Die Festpredigt hielt der frühere Reichs-

arbeitsminister Dr. Brauns. Die Worte des Sonntagsevan-
geliums „Du sollst Gott Deinen Herrn lieben und Deinen Nächsten
wie Dich selbst“ legte er seinen Ausführungen zugrunde. U. a.
sagte er, daß die Sozialgesetzgebung, wenn sie noch so gut in
Gesetzesparagrafen verankert ist, der Arbeiterschaft nicht helfen
kann, wenn die Menschen nicht die rechte soziale Gesinnung be-
sitzen. Eine mechanische Behandlung der Versicherten durch die
Organe der Sozialversicherung ist oft vorhanden. Die richtige
Einstellung zur sozialen Frage kann nur auf dem Boden des
Christentums gedeihen. Für die evangelischen Mitglieder fand
der Gottesdienst in der Paulskirche statt. Prof. Dr. Veit hielt
dort die Festpredigt, der er die Worte „Der Mensch lebt nicht
vom Brot allein . . .“ zugrunde legte. Besonders verwies er
darauf, daß die evangelische Kirche ein sehr großes Interesse an
der Arbeit der christlichen Gewerkschaften habe. Die evangelische
Arbeiterschaft muß viel mehr als es bisher der Fall war, in den
christlichen Gewerkschaften sich betätigen und sich denselben an-
schließen.

Um 10 Uhr wurde der Kongress durch den Vorsitzenden, Kollege
Otke, eröffnet. Er verwies darauf, daß es ein Jubiläumskongress
ist, da 30 Jahre seit dem ersten Kongress in Mainz verlossen sind.
Kollege Otke gedachte zunächst der seit dem letzten Kongress in
Dortmund verstorbenen Mitglieder, ganz besonders der Führerin
der Heimarbeiterinnen, Frä. Marg. Behm. Hierauf begrüßte er
die Ehrengäste, die in sehr großer Anzahl erschienen sind,
so Reichsarbeitsminister Dr. Wiffel, Wohlfahrtsminister
Dr. Hirtfelder, Frankfurts Bürgermeister Graf, den
früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Vertreter des
Bischofs von Limburg, Prälat Dr. Herr, Vertreter der evan-
gelischen Landeskirche, Prof. Dr. Veit, Graf von Posa-
dowsky, den Vorkämpfer der Sozialpolitik, den Präsidenten
des Landesamtes, sowie viele andere Vertreter von Be-
hörden und sonstigen Organisationen. Der Zweck des Kongresses
soll nicht nur ein Gedenken an die Gründung von 30 Jahren sein,
sondern er wird sich mit den brennenden Fragen, die das gesamte
Volk interessieren, beschäftigen. Die christliche Arbeiterschaft
bewegt die Sorge um die Wirtschaft genau so, wie die Arbeit-
geber, und sie fühlen sich mit dem gesamten Volk verbunden, trog-
dem sie eine Ständebewegung sind. Mit der Leitung des Kon-
gresses wurden hierauf die Kollegen Otke, Imbusch und
Behrens beauftragt.

Reichsarbeitsminister Dr. Wiffel sprach hierauf als Ver-
treter sämtlicher Reichsbehörden. Er beglückwünschte die Chris-
tlichen Gewerkschaften zu ihrem 30jährigen Bestehen. Ihre dies-
malige Tagung fällt in eine Zeit des schärfsten Kampfes um die
Sozialpolitik. Es ist ihm ein Bedürfnis, seinem Amtsvorgänger,
Dr. Brauns, für sein sozialpolitisches Wirken den herzlichsten
Dank abzustatten. Wiffel kommt aus einer anderen Gewerk-
schaftsrichtung, trotzdem ist er der Ansicht, daß im Interesse der
Arbeiterschaft das Trennende zurückgestellt und das Einigende
hervorgehoben werden muß. Einigendes ist genügend vorhanden,
während das Trennende auf weltanschaulichem Gebiet liegt. Er
stellt fest, daß in den Fragen der Sozialpolitik keine Meinungs-
verschiedenheiten zwischen den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen
bestehen. Alle sind sie einig in der Abwehr von Bestrebungen
gegen die Verschlechterung oder sogar Beseitigung der sozialen
Gesetzgebung. Von einer Rentenpflanze in der Arbeiterschaft
hätte er nichts gemerkt. Die von vielen Seiten propagierte Schein-
humanität führt dazu, daß die wirkliche Humanität zu kurz
kommt. Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung wurde be-
sonders von ihm hervorgehoben. Wenn, wie die Gegner dauernd
angeben, die Mißstände wirklich so groß wären, so müßten die
Ersparnisse durch die Beseitigung der Mißstände sehr groß sein.
Dies ist jedoch nicht der Fall, so daß die Mißstände nicht so groß
sein können. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich
bereits erklärt, an der Beseitigung von Mißständen mitzuarbeiten
und bestehen auf diesem Gebiet keine Gegensätze. Einbezüglich ist
auch die Abwehr gegen die Durchlöcherung des Versicherungs-
prinzips. Wiffel erklärte am Schluß seiner Ausführungen, daß die
Sozialpolitik im Sinne seines Amtsvorgängers, Dr. Brauns,
weiterbetrieben wird.

Wohlfahrtsminister Dr. Hirtfelder überbrachte die Grüße
der Preussischen Staatsregierung und der Preussischen Behörden.
Gerade ihm ist es ein Bedürfnis, an der Tagung teilzunehmen, da
er den größten Teil des Weges von Mainz bis Frankfurt
Schulter an Schulter mitgekämpft hat. Ein weiterer Aufstieg der
Gewerkschaftsbewegung dient am besten der Volkswohlfahrt, des-
halb ruft er dem Kongress zu, unermüdet für eine weitere Stär-
kung der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein.

Bürgermeister Graf überbrachte die Grüße der Stadt Frank-
furt. Er selbst hat seit 40 Jahren ein Gewerkschaftsbuch in der
Tasche, da er Mitglied der freien Gewerkschaften ist. Er warnte
davor, daß in Berlin auf sozialpolitischem Gebiet Dummheiten
gemacht werden, denn den Schaden fragen dann die Gemeinden,
denen die Fensterscheiben eingeworfen werden, die sie obendrein

allein bezahlen müssen. Die Frage der Verwaltungsreform wäre zwar ein heißes Eisen. Es muß jedoch im Interesse des deutschen Volkes dennoch angefaßt werden, denn so wie jetzt die Verhältnisse auf dem Gebiet der Verwaltung liegen, kann und darf es nicht bleiben.

Prälat Dr. Herr begrüßt den Kongreß als Vertreter des Bischofs von Limburg, der infolge seines hohen Alters selbst nicht erscheinen konnte. Nicht nur Glaube an Christus, sondern auch Liebe zu den Menschen, muß den christlichen Gewerkschaftler bewegen.

Prof. Dr. Veit machte hierauf folgende Ausführungen: Früher hätten sich die christlichen Gewerkschaften fast ausschließlich auf die katholische Arbeiterchaft gestützt. Dies ist anders geworden, da sie jetzt auch in den Kreisen der evangelischen Arbeiterchaft eine starke Stütze gefunden haben. Es gilt, nicht nur die soziale Not, sondern auch die seelische zu beheben. Von der Quelle des Christentums geht aus die Liebe zu den Mitmenschen.

Kollege Hänßeler vom Internationalen Arbeitsamt in Genf übermittelte die Grüße des Präsidenten Thomas. Seit Dortmund haben sich die Beziehungen zwischen dem Internationalen Arbeitsamt und den christlichen Gewerkschaften gut entwickelt. Als Beweis führt er an, daß auf der letzten Tagung des Internationalen Arbeitsamtes Dr. Brauns den Vorschlag führte. Es kommt darauf an, daß die Arbeiterchaft das ihr zur Verfügung gestellte Rüstzeug zu benutzen versteht. Sozialpolitische Einrichtungen sind genug vorhanden. Es gilt, dieselben lebendig zu gestalten. Zwischen Älten und Jungen in der Bewegung darf es keinen Gegensatz geben. Die mittlere Generation muß den Vermittler zwischen Alt und Jung darstellen.

Herr von Noßke sprach als Vertreter der Gesellschaft für Sozialreform. Früher glaubten nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Behörden, die Gewerkschaften bekämpfen zu müssen. Heute bestände zwar auch noch sehr viel Gegnerschaft, jedoch ist die Zahl der Freunde der Gewerkschaftsbewegung bedeutend größer geworden.

Kollege Otte dankte sämtlichen Rednern für die freundlichen Begrüßungsworte und erteilte unserem alten Kämpfer, Kollegen Giesberts, der in Mainz führend gewesen ist, das Wort zu seinem Vortrag: „Die christlichen Gewerkschaften und das deutsche Volk.“ (30 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung.)

Auf den Vortrag des Kollegen Giesberts kommen wir in der nächsten Nummer nochmals zurück. Ebenso werden wir die Vorträge der übrigen Redner, soweit uns der Raum in der „Schlesischen Rundschau“ zur Verfügung steht, nach und nach veröffentlichen.

Nach dem Vortrag des Kollegen Giesberts sprach Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald. In den Kreisen unserer Mitglieder kann man es verschiedentlich nicht verstehen, warum er in die Regierung als Minister eingetreten ist. Die Verantwortung für das Gedeihen des Reiches ist zum größten Teile in die Hände der Arbeiterchaft gelegt. Es gilt, nicht nur eine Formaldemokratie zu erreichen, sondern dem Reiche und Staate den Stempel eines Volksstaates aufzudrücken. Es sind Kräfte am Werke, wieder den Privilegienstaat zu errichten. Wirtschaftliche Autokratie und Volksstaat sind miteinander unvereinbar. Die Arbeiterchaft muß in die Wirtschaft hineinwachsen und ihr Träger mit werden. Die Lage Deutschlands ist zurzeit eine sehr prekäre und ist ernster, als der größte Teil unseres Volkes annimmt. Wir sind von der internationalen Kapitalmacht stark abhängig. Die Frage der Kapitalbildung ist heiß umstritten. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Kapitalbildung nicht von den Kartellen, Trusts, Syndikaten und Aktiengesellschaften, sondern den breiten Volksmassen ausgehen muß. Einem falschen Optimismus dürfen wir uns nicht hingeben, sonst leben wir in Illusionen. Daß wir in den nächsten zehn Jahren einen steinigten Weg zu gehen haben, ist unbestritten. Wir müssen uns darauf einstellen, daß wir Schritt für Schritt unsere Position zu erobern haben.

Kollege Wieber frischte alte Erinnerungen auf. Wenn heute Reich, Staat, sonstige Behörden und auch die Kirchen bei uns vertreten sind, so war das nicht immer der Fall. Die ersten Gründungen mußten ganz im Geheimen erfolgen, da sofort der Gegendruck von allen Seiten einsetzte. Hinzu kam der Mangel an geeigneten Führern, der jedoch erfehrt wurde durch Ueberzeugungstreue und Glauben an die gute Sache. Es wird heute sehr viel von Älten und Jungen geredet. Dieses ist falsch. Wir kennen nur gleichberechtigte Mitglieder und nicht Alte und Junge.

Dr. Brauns erklärte, daß auch er in den 30 Jahren viel Mitarbeit geleistet habe. Er empfindet darüber eine große Freude, die ihn noch am Sterbebette begleiten wird. Wenn heute das Interesse der Behörden an dem Kongreß so groß ist,

so muß er doch an die Zeit zurückdenken, wo in den Versammlungen zwei Stenotypisten und zwei Schulkleute zur Kontrolle erschienen sind. Es wäre interessant, aus den Akten bei der Regierung in Düsseldorf über die früheren Verhältnisse verschiedenes zu bekommen. Es wurde sogar seine Abberufung aus dem Ruhrgebiet gefordert, weil er sich offen für die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen und dieselben gefördert hat. Eine praktische Arbeit des Reichsarbeitsministeriums, einerlei, welcher politischen Partei der Minister angehört, ist ohne die Gewerkschaften unmöglich. Der letzte Träger der Sozialpolitik sind und bleiben die Gewerkschaften. Wenn von verschiedenen Seiten darüber geredet und geschrieben wird, daß den Gewerkschaften ein Monopol eingeräumt wurde, so stimmt dies, jedoch ist dieses Monopol kein Schaden für den Staat und stellt seine Fortführung nicht in Frage. Die Gewerkschaften müssen jedoch dafür sorgen, daß sie groß und stark werden, um auf eigenen Füßen stehen zu können.

Kollege Baltensch wies die Behauptung, daß wir nicht christliche, sondern katholische, politisch nicht neutral, sondern Zentrumsgewerkschaften wären, zurück. Schon bei der Gründung haben evangelische Arbeiter mitgewirkt, an der Schaffung der ersten Satzungen hat der Kollege Kümme, der sich unter den Jubilaren befindet, mitgewirkt. Der Gewerkverein der lippischen Ziegler, der sich bereits in Mainz den christlichen Gewerkschaften anschloß, setzte sich fast reißlos aus evangelischen Mitgliedern zusammen. Das evangelische Siegerland stellte bei der Gründung bereits eine große Anzahl Mitglieder. Heute haben wir in allen Verbänden stärkere Mitgliederzahlen aus den Kreisen der evangelischen Arbeiterchaft und über 200 evangelische Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre sind vorhanden. Wir sind eine innerkonfessionelle parteipolitisch neutrale Organisation und werden es auch bleiben.

Am Sonntag Abend veranstaltete das Frankfurter Ortskartell einen Begrüßungsabend. Der große Saal des Volksbildungsheim war vollkommen überfüllt. Der Zentralvorsitzende unseres Lederarbeiterverbandes, Kollege Rienecker, hielt die Begrüßungsansprache, die Festrede hielt Kollege Otte. Begrüßungsansprachen wurden besonders von dem Vorkämpfer für Sozialpolitik, Graf von Posadowsky, und dem Sekretär der christlichen Gewerkschaftsinternationalen, Koll. Serrarens aus Utrecht gehalten. Hierauf kam die Gemütlichkeit zu ihrem Recht, wobei alte Erinnerungen ausgetauscht wurden. Ob aus dem Süden, Norden, Westen oder Osten unseres Vaterlandes, alle Delegierten fühlten sich als eine große Familie und miteinander verbunden.

Am Montag erstattete der Kollege Otte den Geschäftsbericht. Die Wirtschaftslage war in den letzten Jahren nicht die beste. Massenarbeitslosigkeit, hervorgerufen durch Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, Rationalisierung und dergl. war zu verzeichnen. Ein unerträglicher Gedanke ist es, sich damit abfinden zu müssen, daß in den nächsten Jahren eine Arbeitslosen-ziffer von 1,1 Millionen im Jahresdurchschnitt hingenommen werden soll. Hier muß von allen Seiten eingegriffen werden, um Arbeit zu beschaffen. Wir sehen eine starke Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte, besonders von verheirateten Frauen. Die Rationalisierung brachte die Männer aus den Betrieben heraus und setzte an ihre Stelle Weibliche, zum Teil verheiratete Frauen. Das Familienleben hat darunter sehr gelitten. Erfreulich ist es, zu sehen, wie unsere Jugend sich bemüht, der Schwierigkeiten Herr zu werden, dafür liefert der Kölner Reichsjugendtag den besten Beweis. Die Zusammenarbeit mit den konfessionellen Vereinen war eine sehr gute, jedoch muß weniger geredet, dafür noch viel mehr gehandelt werden. Die wirtschaftlichen Einrichtungen der christlichen Gewerkschaften, wie die Volksbank, der Versicherungskonzern, die Konsumvereinsbewegung, Baugewerkschaften und Baugenossenschaften haben sich glänzend bewährt und helfen, daß die Arbeiterchaft in die Wirtschaft hineinwächst. In der Sozialpolitik haben wir in den letzten Jahren uns fast ausschließlich auf die Abwehr beschränken müssen. Nur das Arbeitslosenversicherungs- und das Arbeitsgerichtsgesetz wurden neu geschaffen. Die Zulassung von Rechtsanwälten als Vertreter bei den Arbeitsgerichten muß entschieden abgelehnt werden. Die neugeschaffenen Arbeitsämter wurden mit zwiel Akademiern besetzt, denen die Kenntnis des Arbeitsmarktes und der sozialpolitischen Zusammenhänge zum größten Teil fehlt. Die Sozialdemokratie hat an der früheren bürgerlichen Sozialpolitik starke Kritik geübt. Nachdem sie bei der letzten Reichstagswahl eine starke Zunahme ihrer Mandate erreichte, sind die sozialen Taten sehr gering, ja vielleicht sogar weniger, als es möglich wäre. Auch ein Teil der sog. bürgerlichen Presse glaubt, gegen die Sozialpolitik hegen zu müssen. Darunter befinden sich Zeitungen, die Parteien dienen, die in der Sozialpolitik an erster Stelle tätig sind. Das Schlichtungswesen machte eine Krise durch. (Schluß folgt.)

Besucht vollzählig die Versammlungen!

Versammlungskalender und Mitteilungen.

Kartell Breslau.

Zur Delegiertenversammlung wird eingeladen.

Bauarbeiter.

Breslau: Dienstag, den 8. Oktober, 19 Uhr, im Kaspingshaus, Teichstraße 24, Mitgliederversammlung.

Glaserleier.

Sonnabend, 12. Oktober, 19 Uhr, Fliesenleger-Versammlung.

Sonntag, 13. Oktober, mittags 10.30 Uhr, Möbeler-Versammlung.

Bekleidungsarbeiter.

Mittwoch, den 2. Oktober, 19.30 Uhr: Jugendversammlung im St. Vinzenzhaus.

Montag, den 14. Oktober, 19.30 Uhr: Gemeinsame Mitgliederversammlung O. J. im St. Vinzenzhaus.

Mittwoch, den 16. Oktober, 19.30 Uhr: Jugendversammlung im St. Vinzenzhaus.

Montag, den 21. Oktober, 19.30 Uhr: Zwischenmeisterversammlung im Gesellschaftshaus „Wratzlawia“.

Fabrik-, Transport-, Glasarbeiter, Ziegler.

Schmölz: Dienstag, den 1. Oktober, 18.30 Uhr, Versammlungslokal.

Breslau: Mittwoch, den 9. Oktober, 20 Uhr, St. Vinzenzhaus, Mitgliederversammlung.

Saarau: Freitag, den 25. Oktober, 19.30 Uhr, bei Scholz.

Breslau: Dienstag, den 17. Oktober, 20 Uhr, Kaspingshaus, Zimmer 1, Bäckerversammlung.

Mittwoch, den 18. Oktober, 20 Uhr, Kaspingshaus, Zimmer 1.

Bederarbeiter.

Breslau: Mittwoch, den 18. Oktober, 20 Uhr, Versammlung im Kaspingshaus, Teichstraße 24.

Wieg: Dienstag, den 1. Oktober, 19 Uhr, Versammlung im Gasthof „Grüner Baum“, Gerberstraße.

Holzarbeiter.

Jauer: Donnerstag, den 3. Oktober, 20 Uhr, Monatsversammlung im Rath. Vereinshaus.

Breslau: Dienstag, den 8. Oktober, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im St. Vinzenzhaus, Seminargasse.

Dels: Freitag, den 11. Oktober, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung „Prinz von Preußen“, Ref. Koll. Ruppeler-Breslau.

Schweidnitz: Sonnabend, den 12. Oktober, 19.30 Uhr, Monatsversammlung im Rath. Vereinshaus.

Wieg: Freitag, den 18. Oktober, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthaus „Zum Stern“, Ritterstraße, Ecke Kohlmarkt.

Görlitz: Sonnabend, den 19. Oktober, 20 Uhr, Monatsversammlung im Rath. Vereinshaus.

Breslau: Dienstag, den 29. Oktober, Vorstandssitzung im Büro, Teichstraße 24, Zimmer 34.

Striegau: Donnerstag, den 31. Oktober, 20 Uhr, Monatsversammlung im Gasthaus „Norddeutscher Hof“, Schweidnitzer Straße.

Hotel-, Restaurant- und Cafégaststätte.

Gastgeschäftsstelle für Schlesien, Ober- und Niederlausitz:

Breslau, Hummerlei 38, ptr.

Breslau: Jeden Dienstag nach dem Ersten im Monat, Vereinslokal, Restaurant „Zum Stadigraben“, Neue Gasse 29, nachts nach Geschäftsabschluss. Die Versammlungen der Abteilungen: Geschäftsführer und Hotelbeamte, Köche, Hotel-Angestellte, Hotel-Portiers und Café-Kellner, werden durch Extra-Einladungen bekanntgegeben.

Sängerkor „Freundschaft“

Sängerkor der christlichen Gewerkschaften Breslaus.

Die Übungsabende finden jetzt im Vinzenzhaufe jeden Dienstag 7.50 Uhr statt.

Sangesfreudige Kolleginnen und Kollegen sind stets willkommen. Diejenigen, die irgendein Instrument spielen, sind besonders gern gesehen.

Veranstaltungen der christlichen Gewerkschaftsjugend.

Kartelltag nd.

Am Montag, den 28. Oktober, 20 Uhr, Versammlung im Kaspingshaus, Teichstraße 24, Zimmer 14. Vortrag: „Gewerkschaftsjugend in Wirtschaft und Staat“.

Holzarbeiterjugend.

Am 10. Oktober, 19.30 Uhr, Versammlung im Kaspingshaus, blaues Zimmer. Tagesordnung: 1. Geschäftlicher Teil. 2. Ergänzungswahl der Führerschaft. 3. Vortrag über: „Wir und der internationale Holzarbeiterkongress in Frankfurt am Main“. 4. Aussprache und Verschiedenes.

Fachabende finden am 2. und 23. Oktober im Kaspingshaus um 19.30 Uhr bis 21.30 Uhr statt. An den beiden Abenden wird Geometrie und Projektion durchgenommen. Zu diesem Zweck sind Winkel und Reißzeug mitzubringen.

Bauarbeiterjugend.

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 19 Uhr, im Kaspingshaus, Teichstraße 24, blaues Zimmer. 2. Oktober, 19 Uhr, Fachkurs. 18. Oktober, 19 Uhr, Lichtbildervortrag über Baustille.

Zu allen Versammlungen mögen die Junggewerkschaftler(innen) für den gemüßlichen Teil ihre Musikinstrumente mitbringen. Im Winterhalbjahr soll außer ernster Arbeit auch Frohsinn und Scherz recht gepflegt werden.

Eine billige Quelle

für Wiederverkäufer und Verbraucher ist das in ganz Deutschland bekannte Lebensmittelfachgeschäft Seibold & Korf in Holfstein. 2 Kugeln sind 9 Pfd. von dem bekannten roten Kugelkäse, aus den feinsten Rohmaterialien hergestellt, ohne jeglichen Abfall, kosten nur Mk. 4.39. Zum gleichen Preis erhält man dort 200 Stück feinste, echte Harzer Handkäse oder 1 Kugelkäse und 100 Harzer. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt, also Vorteil auf allen Seiten. Man verlange die große Preisliste. Wo kauft man für 48 Pfg. ein Pfd. guten Käse? Nur bei Seibold in Korf in Holfstein Nr. 9.

Kugelhäse

rot, gesunde Ware ohne Abfall
2 Kgl. — 9 Pfd. 4.39 Mk.
200 Harzerkäse 4.39 Mk.
100 Stk. u. 1 Kgl. 4.39 Mk.
K. Seibold
Korf in Holfstein Nr. 250

Mäntel

Anzüge



in großer Auswahl, da
Selbstanfertigung
sehr billige Preise
bei guten Qualitäten

Oskar Dehmel

Breslau 1, Neumarkt 45

Haarfrauen

best. Euren Bedarf in
Herren- u. Damenwäsche
wie Oberhemden, Kragen,
Reibhemden, Damen-
hemden, Unterwäsche usw.
sowie sämtl. Strickwaren im
christlichen Exporthaus
Paul Neumann
Cunersdorf, Post Deutsch-
warthenberg, Bez. Lgn.
Verlangen Sie Muster und
Preisliste kostenlos
Verband nach allen Orten

St. Vinzenzhaus

Breslau Tel. 50941

Seminargasse 3/5

empfiehlt keine

Kalitäten

einer gefällig. Beachtung

Schuhwarenhandlung und

Reparaturwerkstatt

Große Auswahl Billige Preise!

Karl Schölzel

Breslau, Weinstr. 38

Ecke Kreuzburger Straße

Mitglieder 5% Rabatt!

Geheime

Brad.

Rod- u. Smoking-Anzüge

nur neueste Fassons

C. P. Pätzold,

Königsstraße 7/8, 1

Richtung „W. Schöndt“

Schuhwaren

in großer Auswahl

für Herren

Damen und

Kinder

Jos. Kanjara

Höfchenstr. 61

Mitglieder 5 Prozent!

Goldkron. v. 15 Mk.

an, gar. 20 kar. Gold

Zähne und Plomben

Mäßige Preise

Barthel Poststr. 1

Dentist

Deutsche Volksbank

Aktiengesellschaft

Essen

Bank

des Deutschen Gewerkschafts-Bundes

Günstigste Spargelienheit - Pflege des berufsständischen Spar-

willens des Arbeitnehmers - Einzahlungen an die Geschäfts-

stellen und an die mehr als 400 Annahmestellen im Reich

Sorgfältigste Erledigung von Bankgeschäften - Bankverbindung

an allen größeren Plätzen des In- und Auslandes

Hauptgeschäftsst.: Essen, III. Hagen 64

Nebenstellen:

Berlin — Duisburg — Düsseldorf — Münster — Köln und Saarbrücken

Annahmestelle Breslau: Teichstraße 24, Zimmer 34, W. Walter

Kauft bei unseren Inserenten!

Breslau 2, Teichstr. 24

Kolpinghaus

a. d. Gartenstr., 2 Min. v. Hauptbth.

Telephone Nr. 267 89 /

Lospreise:

1/8 = 3 Mk. 1/4 = 6 Mk.

1/2 = 12 Mk. 1/1 = 24 Mk.

Postcheck-Konto Breslau Nr. 673 37

Die letzten Kauflose!

Sichern Sie sich noch heute ein

Los für die 1. Klasse der

34/260. Preuß. Süddeutschen

Klassen-Lotterie in der

Staatslotterie Hoffmann

Perantvortlich für den gesamten Inhalt K. Ruppeler, Breslau 2, Teichstraße 24, Fernruf 51390